

Kurzprotokoll des Erfahrungsaustausches „StEB trifft SEB“ am 25.01.2017

Allgemeines:

- 1.) Der StEB fordert bei der Stadtverwaltung einen Notfallplan für mehrtägige Streiks des ÖPNV an. Es muss gewährleistet sein, dass Schülerinnen und Schüler trotz des Streiks die Schule erreichen können. Die Stadt sollte beispielsweise prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, einen Ersatzverkehr zu den Schulen einzurichten.
- 2.) Die Hausmeister dürfen keine Überstunden mehr machen. Dies führt zu Problemen bei schulischen Veranstaltungen außerhalb der Arbeitszeit der Hausmeister (Elternabende, Infoabende, etc.). Der StEB spricht deswegen beim städtischen Schulamt und im Schulausschuss vor.

Themengruppe „Schulbausanierung / Schulentwicklungsplan“:

- 1.) Der StEB fordert von der Stadtverwaltung mehr Transparenz über das Verfahren der Schulbausanierung. Es muss gewährleistet sein, dass Elternbeiräte und die Schulkonferenzen frühzeitig und umfassend über Schulbausanierungsmaßnahmen informiert werden, so dass sie Gelegenheit haben, die Planungen zu kommentieren und eigene Vorschläge einzubringen. Verabredungen zwischen IDA und den Schulleitungen müssen zwingend protokolliert werden.
- 2.) Der StEB veröffentlicht Fotos von den Schultoiletten und anderen Sanierungsfällen an den Schulen auf seiner Homepage. Die Elternbeiratsvorsitzenden senden Herrn Jordan entsprechende Fotos zu.

Themengruppe „Ganztagschule / Pakt für den Nachmittag / Betreuung“:

- 1.) Betreuung: An einigen Grundschulen gibt es einen Mangel an Betreuungsplätzen. Die Trägervereine gehen unterschiedlich mit der Situation um. Z. B. bekommen nur wenige Erstklässler einen Platz oder Dritt- und/oder Viertklässler verlieren ihren Betreuungsplatz wieder. Der Platzmangel wird ausgelöst durch fehlende Räume, auch an Schulen, wo es möglich ist Klassenräume zu nutzen, weil Essensräume fehlen. Wie viele Plätze stadtweit fehlen ist schwer einzuschätzen. Am ehesten ist dies noch in Stadtteilen möglich, wo es keine Horte gibt. An den Sekundarschulen sieht es hingegen ganz anders aus. Hier ist in der Gruppe keine Schule bekannt, wo Plätze fehlen. Nur am LGG gibt es momentan Probleme, die durch die Rückkehr zu G9 zurückzuführen sind (parallele Jahrgänge mit G8 und G9).
- 2.) Pakt für den Nachmittag: Der Wille der Stadt den Pakt für den Nachmittag an möglichst allen Schulen einzuführen, stößt durch die bauliche Situation an den Grundschulen an Grenzen. An der Andersenschule haben sich die Eltern zum großen Bedauern der Direktorin gegen den Pakt ausgesprochen, weil ihnen die Stadt keine bauliche Erweiterung in Aussicht gestellt hat. Die Betreuung der zweizügigen Schule war für 70 Plätze ausgelegt; inzwischen werden aber 90 Kinder betreut.
- 3.) Die Gruppe kam zu dem Schluss, dass es nötig ist, sich mehrmals zu treffen, um konkrete Maßnahmen planen zu können. Der StEB und die Mitglieder der Gruppe versuchen, Zahlen über fehlende Plätze zu kommen. Antje Sander vom StEB richtet einen Doodle ein, für einen Termin in ca 1-2 Monaten.

Themengruppe „Inklusion / Integration“:

- 1.) Bei körperlichen und geistigen Behinderungen scheint die Versorgung durch Schulbetreuer zu funktionieren. Schwierig ist es hier aber für die betroffenen Eltern, an die zur Umsetzung notwendigen Informationen zu kommen. Eine Betreuung oder zentrale

Informationsstelle, die die Eltern durch die Antrags- und Umsetzungswege begleitet gibt es leider nicht, die Eltern sind auf sich alleine gestellt.

2.) Bei sozial-emotionalen Störungen besteht hoher Handlungsbedarf. Hier ergibt sich kein Recht auf eine eigene ständige Schulbegleitung, die Förderung erfolgt durch Beratungs- und Förderschullehrer(innen). Die zugeteilten Wochenstunden für entsprechende Lehrkräfte sind aber bei weitem nicht ausreichend. Darüber hinaus kann auch nicht jede Ressource besetzt werden, da es an Fachkräften mangelt.

Bei Beschwerden an das Schulamt wird auf die aktuell transparente Verteilung der zur Verfügung stehenden (lediglich systemischen) Ressourcen auf die jeweiligen Schulen verwiesen. Darüber hinaus erfolgt die "Belehrung", dass die Ressourcen sich nicht auf einen tatsächlichen Bedarf einzelner Schüler richten, sondern dass die jeweiligen Schulen aufgefordert sind, mit "Einfallsreichtum", die Stunden so zu verteilen, dass alle inklusiven Aufträge erfüllt werden können.

Im Ergebnis ist eine tatsächlich bedarfsgerechte Betreuung durch die Beratungs- und Förderschullehrer(innen) nicht gewährleistet, was wiederum in Einzelfällen zu Störungen des "Schulfriedens" (Schüler gegen Schüler, Eltern gegen Lehrer und Eltern gegen Eltern) führt.

3.) Die Ausbildung der Sonderpädagogen ist aktuell scheinbar sehr mangelhaft. Eine Teilnehmerin konnte aus ihrem Verwandtenkreis darüber berichten, dass aktuell keine ausreichende Ausbildung hinsichtlich einer Inklusion erfolgt. Die Ausbildung ist veraltet und orientiert sich auf ein nicht existierendes System.

4.) Die bisherigen Angebote der Schulämter in Form von runden Tischen und AG's werden als "Stillhaltemaßnahmen" bewertet, die lediglich eine Alibifunktion für die Mitbestimmung darstellen. Teilnehmer dieser Runden fragen sich nach diesen Veranstaltungen vereinzelt, für was das nun gut war; zumal die kritischen Punkte angesprochen werden, aber Verbesserungen nicht wirklich in Sicht sind.

Die Gruppe kam zu dem Ergebnis, dass der StEB sich dem Thema der fehlenden Ressourcen für Beratungs- und Förderlehrer annehmen sollte. Es wird empfohlen unter den Schulleitern eine Umfrage zu starten:

- wieviel Wochenstunden tatsächlich benötigt werden
- wieviel Wochenstunden durch das Schulamt zugeteilt wurden
- wieviel Wochenstunden davon durch Beratungs- und Förderlehrer abgedeckt werden konnten

Die Umfrage sollte sich direkt an die Schulleiter richten; die Anonymität sollte durch eine Zusammenfassung der Ergebnisse in Aussicht gestellt werden. Das Ergebnis sollte über den LEB, ggf. auch direkt, an das Kultusministerium und staatliche Schulamt gesteuert werden, mit der Aufforderung umgehend Stellung zu beziehen.